

Johannes Schrapf

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland

Newsletter 10/2024

28. Juni 2024

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Europa hat gewählt. Insgesamt 360 Millionen Europäerinnen und Europäer konnten in den 27 Mitgliedstaaten ihre Stimme abgeben. Bei uns in Deutschland durfte dieses Mal bereits ab 16 Jahren gewählt werden. Doch das Ergebnis ist für uns enttäuschend und liegt unter unserem Anspruch. Wir haben mit vielen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern engagiert für eine starke Sozialdemokratie gekämpft. Ihnen gilt unser Dank ebenso wie all jenen, die sich bei der Europawahl und den Kommunalwahlen in acht Bundesländern für demokratische Parteien eingesetzt haben. Dieser Wahlkampf fand in einer gesellschaftlichen Stimmung statt, die aggressiv und teilweise bedrohlich war. Unsere Themen soziale Sicherheit, Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit sind den Menschen sehr wichtig. Aber das bringt sie nicht automatisch dazu, uns auch ihre Stimme zu geben. Die Menschen wollen uns stärker für unsere Sache kämpfen sehen.

In der Gesamtbetrachtung lässt sich festhalten, dass im Europäischen Parlament die proeuropäischen Kräfte immer noch in der Mehrheit sind. Die EVP bleibt stärkste, die S&D zweitstärkste Kraft. Trotzdem besorgen uns die Ergebnisse unserer europäischen Nachbarn: in den Niederlanden, Frankreich, Italien und Österreich haben rechte, nationalistische und EU-feindliche Kräfte die Wahlen gewonnen. Auch bei uns wurde eine rechtsextreme, demokratie- und europafeindliche Partei zweitstärkste Kraft. Dieser Rechtsruck ist eine Gefahr für unsere freiheitliche Gesellschaft in Deutschland und in Europa. Dem müssen und werden wir uns weiterhin entgegenstellen. In der Fraktionssitzung hatten wir unsere Spitzenkandidatin Katarina Barley und den Vorsitzenden der deutschen S&D Delegation René Repasi zu Gast. Mit ihnen haben wir das Ergebnis diskutiert und ihre Einschätzung gehört. Dass wir die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in der EU weiter brauchen, zeigt sich heute mehr denn je. Mehr als zwei Jahre sind mittlerweile seit dem russischen Überfall auf die Ukraine vergangen. Den Frieden sichern heißt heute, dass wir die Ukraine dabei unterstützen, ihre Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen. Der Krieg hat immense Schäden in der Ukraine verursacht, deren Beseitigung mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird. In der letzten Woche kamen zahlreiche Staats- und Regierungschefs zu einer Friedenskonferenz in der Schweiz zusammen, an der auch Bundeskanzler Olaf Scholz teilnahm. Ein weiterer wichtiger Schritt für die Zukunft in Europa.

Viel Spaß beim Lesen

Euer

Terminauswahl

**|| Mo, 08.07. | 15:00-17:30 Uhr | Rosa Helfers Haus,
Bürgersprechstunde**

**|| Di., 09.07. | 13:00-15:00 Uhr | Martha Warnecke
Haus**

Bürgersprechstunde



Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Ukraine Recovery Conference
- Seite 3** — Einweihung Erinnerungstafeln
— Treffen mit Vertreter:innen der moldauischen Zivilgesellschaft
- Seite 4** — BSPC Meeting in Kopenhagen
— Rede im Deutschen Bundestag
- Seite 5** — Besuch der KGS in Bad Münde
— Christopher Street Day in Hameln
- Seite 6** — Themenüberblick Bundestag
- Seite 7** — Besucher:innengruppe aus dem Weserbergland

Ihr findet mich auch bei:



UKRAINE RECOVERY CONFERENCE IN BERLIN



Zusammenhang mit der europäischen Integration der Ukraine. Und schließlich war es schön, Julia und Igor wiederzusehen, ein wunderbares Paar aus Kyiv, das ich in meiner Wohnung in Berlin aufgenommen hatte, nachdem russische Truppen die ukrainische Hauptstadt bedroht hatten. Beide engagieren sich für die Verteidigung der Ukraine gegen den illegalen russischen Krieg und für den Wiederaufbau ihres geliebten Landes. Aus diesem Grund nahmen sie auch an der Ukraine Recovery Conference teil.

Diese Woche war voller spannender und produktiver Tage parallel zur Ukraine Recovery Conference in Berlin! Ich hatte die Gelegenheit, viele Gäste aus der Ukraine zu treffen: Parlamentarier ebenso wie Vertreter der Zivilgesellschaft. Sonia Khush, Ukrainelandesdirektorin von Save the Children, gab wertvolle Einblicke in die aktuelle Situation vor Ort. Sie verfügt über umfangreiche Erfahrungen aus Syrien und Washington D.C. Ihr Engagement und ihre Perspektive sind von entscheidender Bedeutung, wenn wir über Möglichkeiten zur Unterstützung der Wiederaufbaum Bemühungen in der Ukraine diskutieren. Ich freue mich auch auf die weitere Zusammenarbeit mit Lea Bénédicte Meyer, der Advocacy-Referentin, und Jahat Abdulla, die als Regionaldirektorin hier in Berlin auch für Osteuropa zuständig ist.

In unserem Gespräch mit Kateryna Ryzhenko und Veronika Borysenko von Transparency Internati-

onal Ukraine ging es um die nächsten prioritären Schritte bei der Korruptionsbekämpfung und die erforderlichen Schutzmaßnahmen sowie die Reform der Finanzkontrolle. Ihre Arbeit ist von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftspflicht in dieser kritischen Phase, insbesondere im

Diese Gespräche haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig die Fortsetzung unserer militärischen und finanziellen Unterstützung für Kyiv ist. Und sie haben mich in meinem Engagement für den Wiederaufbau und die Integration der Ukraine in die europäische Gemeinschaft bestärkt. Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam für eine bessere Zukunft arbeiten!



EINWEIHUNG ERINNERUNGSTAFELN DES VOLKSBUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE E.V. IN HAMELN

Der Wahlpflichtkurs Geschichte des 11. Jahrgangs der IGS Hameln hat sich im Schuljahr 2022/23 intensiv mit dem 1956 auf dem Klüt errichteten Gedenkstein für drei am Ende des Zweiten Weltkrieges gefallene deutsche Soldaten beschäftigt. Dabei reflektierten die Schülerinnen und Schüler auch kritisch die Inschrift des Gedenksteins „Sie starben im Glauben an das ganze Deutschland“ vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges sowie der erinnerungskulturellen Ausrichtung, für die die Inschrift steht. Das Projekt wurde vom Volksbund, der IGS Hameln und der Stadt Hameln organisiert. Die Tafel selbst sowie die Unterkonstruktion wurde von Schülerinnen und Schülern der Eugen-Reintjes-

Schule (ERS) auf dem Klüt installiert. Bei der Einweihung der Geschichts- und Erinnerungstafel auf dem Klüt würdigten Oberbürgermeister Claudio Griese und Landrat Dirk Adomat die Arbeit der Schülerinnen und Schüler. Die Schülerinnen und Schüler der IGS Hameln hatten sich für ihren Beitrag zur Einweihung der Geschichts- und Erinnerungstafel überlegt, welche Inschrift sie aus heutiger Sicht für den Gedenkstein wählen würden: „Die drei gefallenen Soldaten sind ein Sinnbild für die Brutalität und Sinnlosigkeit des Zweiten Weltkrieges. Der Gedenkstein soll ein Mahnmal gegen den Krieg sein“.

Gern habe ich an der Einweihung teilgenommen und war sehr be-

eindruckt, wie intensiv sich die Schülerinnen und Schüler sich mit dem Thema Krieg auseinandergesetzt haben. Ein sehr gutes Beispiel Geschichte pädagogisch erfahrbar zu machen und aufzuarbeiten.



TREFFEN MIT VERTRETER:INNEN DER MOLDAUISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT

Gestern Abend durfte ich eine Gruppe von Vertreterinnen und Vertretern aus der moldauischen Zivilgesellschaft im Bundestag begrüßen. Anlässlich der Wahlen zum EU-Parlament, der im Herbst anstehenden Parlamentswahl in der Republik Moldau und insbesondere einem geplanten Referendum zu einem möglichen EU-Beitritt des Landes tauschten wir uns zu den gesellschaftlichen Perspektiven in der Republik Moldau, den vielen Chancen, aber

auch den Problemen aus, die das Land auf seinem Weg in die EU derzeit noch bewältigen muss. Die Gäste aus der Republik Moldau vertraten dabei verschiedene Nichtregierungsorganisationen, dazu hatte

ich als Vorsitzender des Deutsch-Moldauischen Forums die Forumsmitglieder eingeladen. Auch das Institut für Europäische Politik (IEP), unser Kooperationspartner für die Veranstaltung, hatte einge-



laden. So verbrachten wir einen interessanten Abend, bei dem die Zeit fast nicht reichte für die Vielzahl an Aspekten. Wir werden den Austausch deshalb hoffentlich schon bald fortsetzen!

BSPC-MEETING IN KOPENHAGEN



Im dänischen Parlament, dem Folketing, war ich in Kopenhagen zum Ständigen Ausschuss der Ostsee-Parlamentarierkonferenz zu Gast. Gemeinsam mit Anna Kassautzki habe ich als Vertreter des Bundestags unsere Positionen im Ostsee-Parlament vertreten. Eigentlich hatte die dänische Präsidentschaft die Vertreter der nationalen und

regionalen Parlamente des Ostseeraums nach Thorshavn auf die Färöer Inseln eingeladen. Aufgrund eines dortigen Generalstreiks mussten wir umdisponieren und trafen uns im Saal des Europaausschusses im dänischen Folketing. Unter der Leitung unseres Präsidenten Henrik Møller haben wir die Jahrestagung der Ostsee-Parlamentarier Ende August weiter vorbereitet. Für die diesjährige Resolution, die auf der Jahrestagung in Helsingør beschlossen werden soll, spielt die Sicherheitsthematik im Ostseeraum eine herausgehobene Rolle und natürlich werden wir auch die bisherigen Ergebnisse

der Working Group on Energy Security, Self-sustainability, Resilience and Connectivity maßgeblich mit einbeziehen. Es war wie immer ein guter Austausch, bei dem wir mit der Sozialdemokratin Oddný Harðardóttir unsere neue isländische Kollegin ebenso erstmals in unserer Runde begrüßen durften, wie die neuen Kollegen Pauli Aalto-Setälä aus Finnland und Romualdas Vaitkus aus Litauen. Beim abschließenden gemeinsamen Abendessen in einem Restaurant im Freizeitpark Tivoli mitten in der Innenstadt von Kopenhagen sind uns dann ganz zufällig noch die Spieler des Achtelfinal-Gegners unserer deutschen Fußball-Nationalmannschaft über den Weg gelaufen. Bei einem großen Event direkt gegenüber des Restaurants wurde die dänische Mannschaft von vielen Fans zur Europameisterschaft verabschiedet.

REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Solidarität und Entschlossenheit für die Ukraine!

Die Wiederaufbaukonferenz in Berlin war ein wichtiges Moment, um unsere Unterstützung für die Ukraine zu verstärken. Gemeinsam haben wir konkrete Schritte eingeleitet, um den Wiederaufbau dieses durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands schwer geprüften Landes systematisch zu unterstützen. In meiner Rede im Bundestag habe ich betont, dass der Wiederaufbau und die EU-Integration der Ukraine Hand in Hand gehen müssen. Denn Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung

und die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die eine Annäherung

an die EU voraussetzen, sind wichtige Schritte, um auch das Vertrauen von Investoren zu stärken.

Beides ist wichtig für eine effektive und nachhaltige Entwicklung. Die notwendige Bedingung ist natürlich, dass Russland seine imperialistischen und zerstörerischen Eroberungsambitionen aufgibt. Lassen Sie uns diese Chance nutzen, um die Ukraine als Teil der europäischen Familie zu etablieren. Die Ukrainerinnen und Ukrainer haben eine tragfähige Zukunft, und unsere Unterstützung heute sichert auch die Zukunft in einem friedlichen Europa.



BESUCH DER KGS IN BAD MÜNDRER

Bei meinem Besuch der KGS Bad Münder habe ich mich mit Schülerinnen und Schülern des 9. Jahrgangs des gymnasialen Zweigs ausgetauscht. Es wurde ein spannendes Gespräch zu vielen Fragen rund um die aktuelle politische Lage und was es in schwierigen Zeiten bedeutet, sich politisch zu engagieren. Die Diskussion war sehr lebhaft und inspirierend, und ich habe viele gute Gedanken gehört, die mich zum Nachdenken ange regt haben. Besonders beeindruckend war das Interesse und die Ernsthaftigkeit, mit der die Schülerinnen und Schüler sich mit den politischen Themen auseinandergesetzt haben. Es war eine Herausforderung, die zahlreichen und

manchmal sehr detaillierten Fragen zu beantworten, doch es hat mir große Freude bereitet, mein Wissen und meine Erfahrungen zu teilen. Solche Gespräche sind wichtig, um ein besseres Verständnis füreinander zu entwickeln und die verschiedenen Perspektiven zu erkennen. Ich hoffe, dass die Schülerinnen und Schüler weiterhin so interessiert und engagiert bleiben. Der Einsatz und Wille, sich mit politischen Themen zu beschäftigen, sind äußerst wertvoll und wichtig für unsere Gesellschaft. Poli-

tik lebt vom Mitmachen und Mitgestalten, und dies ist ein wichtiger Beitrag dazu.



CHRISTOPHER-STREET-DAY IN HAMELN

Der Juni ist der Monat der queeren Community. Erstmals fand passend dazu in der Hamelner Innenstadt der Christopher-Street-Day statt. Dieser Tag erinnert auf der ganzen Welt an den Aufstand queerer Menschen in der New Yorker Christopher Street gegen polizeiliche Willkür, Gewalt und Unterdrückung. Organisiert vom Queeren Netzwerk Weserbergland e.V. hat Vorsitzender Rico Stips mit seinem Team eine bunte, vielfältige und diverse Veranstaltung organisiert.

In den Reden u.a. von der queerpolitischen Sprecherin unserer Bundestagsfraktion Anke Hennig auf der Hamel-

ner Hochzeitsterrasse, wurde die Wichtigkeit dieser Veranstaltung betont, um für mehr Sichtbarkeit und Akzeptanz für die Bedürfnisse der LGBTQIA+-Community Aufmerksamkeit zu generieren. Leider

ist es auch im Jahr 2024 noch immer ein großes Problem, dass Ausgrenzung und Diskriminierungen zum Alltag vieler Menschen mit einer queeren Lebensweise gehören. Bei der bunten Parade, die durch die Hamelner Innenstadt zog, wurde gezeigt wie bunt, offen und vielfältig das Weserbergland ist. Die anschließende Bühnenshow mit Live Musik und DJ rundet diesen tollen Tag ab. Herzlichen Dank an alle Teilnehmenden sowie die Organisatoren für diese herausragende Veranstaltung.



THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Mehr Geld, Flexibilitätssemester und Studienstarthilfe beim Bafög

Seit 1971 können junge Menschen eine Förderung durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) erhalten, um ihren Lebensunterhalt während einer schulischen oder akademischen Ausbildung zu finanzieren. Um die Förderung besser an das Studierverhalten anzupassen und flexibler zu gestalten, verbessern wir zum dritten Mal in dieser Wahlperiode das Bafög. Den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur 29. Novelle berieten wir in dieser Woche abschließend. Konkret ist vorgesehen, eine Studienstarthilfe von 1.000 Euro für Studienanfänger:innen einzuführen, deren Eltern Bürgergeld oder Wohngeld erhalten. Das Geld kann für Ausgaben verwendet werden, die zu Beginn des Studiums anfallen. Zudem wird die Zuverdienstgrenze fortlaufend so erhöht, dass ein Minijob immer anrechnungsfrei bleibt. Die Freibeträge für das Elterneinkommen werden um 5,25 Prozent erhöht, sodass wieder mehr junge Menschen gefördert werden und Personen, die eine Teilförderung erhalten, mehr Geld bekommen. Wer einen Fachrichtungswechsel anstrebt, hat künftig bis zum fünften Semester dafür Zeit, also ein Semester länger. Zudem kann ohne Angabe von Gründen ein Semester über die Regelstudienzeit hinaus studiert werden (Flexibilitätssemester). Die Änderungen treten zu Beginn des Schuljahres 2024/25 und zum Wintersemester 2024/25 in Kraft. Im parlamentarischen Verfahren ist es uns zusätzlich gelungen, eine Nullrunde abzuwenden. Als Ausgleich für die gestiegenen Preise erhöhen wir den Bedarfssatz zum zweiten Mal in dieser Wahlperiode um diesmal

fünf Prozent von 452 auf 475 Euro und die Wohnkostenpauschale von 360 auf 380 Euro für diejenigen, die nicht bei den Eltern wohnen. Insgesamt steigt damit der Förderhöchstsatz von 934 auf 992 Euro. Die geplante Anhebung der maximalen Rückzahlungssumme haben wir abwenden können. Denn wer eine Ausbildung aufnimmt, soll keine Angst vor einem wachsenden Schuldenberg haben müssen.

Für eine gute Postversorgung – überall in Deutschland

Die sichere Postversorgung muss auch in Zeiten rückläufiger Briefmengen gewährleistet sein. Dazu wird nun das Postrecht modernisiert. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde in der letzten Woche in 2./3. Lesung beraten. Ziel ist es, Arbeitsbedingungen zu verbessern, für mehr Nachhaltigkeit zu sorgen und die Grundversorgung zu stärken – und zwar in der Stadt und auf dem Land. Das neue Gesetz soll sicherstellen, dass die postalische Grundversorgung, also der sogenannte Universaldienst, an sechs Tagen in der Woche, ausreichend und stabil finanziert werden kann. Gleichzeitig soll das Briefporto erschwinglich und deutlich unter dem europäischen Durchschnitt bleiben. Beides ist angesichts sinkender Briefmengen eine Herausforderung. Aus diesem Grund werden künftig die Brieflaufzeiten angemessen verlängert – und gleichzeitig die Zustellung zuverlässiger. Derzeit müssen durchschnittlich 80 Prozent der Briefe am folgenden Werktag und 95 Prozent am zweiten Werktag ankommen. Künftig müssen Standardbriefsendungen zu 95 Prozent am dritten und zu 99 Prozent am vierten Werktag den Empfänger errei-

chen. Damit der Wettbewerb fair bleibt, sind gute Arbeitsbedingungen vor allem in der Paketbranche unverzichtbar. Daher soll zukünftig der Marktzugang daran gekoppelt werden, dass die Regelungen zu Arbeitsbedingungen eingehalten werden. Wer sich nicht an die Spielregeln hält, verliert den Zugang. Gegen Verstöße kann so wirksam vorgegangen werden, auch durch die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Arbeitnehmer:innen bei der Bundesnetzagentur. Außerdem rückt das neue Postgesetz die Nachhaltigkeit stärker in den Fokus. So können Nutzer:innen durch ein freiwilliges Umweltzeichen nachvollziehen, wie hoch die Treibhausgasbelastung durch die jeweilige Paketbeförderung ist. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, sich für den Anbieter zu entscheiden, der bei der Paketbeförderung vergleichsweise geringere Treibhausgase emittiert. Im parlamentarischen Verfahren konnten wir weitere Verbesserungen erreichen. Es ist gelungen, bei der Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen deutlich nachzuschärfen, um inakzeptable Auswüchse gerade in der Paketbranche zukünftig zu verhindern. Die geänderten Regelungen stellen sicher, dass die Subunternehmer der großen Paketdienstleister und deren Auftragnehmer künftig engmaschiger und schärfer auf die Einhaltung von Mindestlohn-, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzvorschriften hin überprüft werden. Außerdem wird sichergestellt, dass besonders schwere Pakete mit einem Gewicht von über 20 kg in Zukunft nur noch von zwei Personen getragen werden dürfen oder ein geeignetes Hilfsmittel zum Einsatz kommt.

BESUCHER:INNEN GRUPPEN AUS DEM WESERBERGLAND

Youth Camp des Lions Clubs Weserbergland



Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Benjamin Beineke, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Helena Truchla